

## TÜRKEI

## Anschlag auf den Chef der kurdischen Partei

Istanbul. Der Chef der prokurdischen türkischen Partei HDP ist womöglich einem Attentatsversuch entgangen. Auf das gepanzerte Fahrzeug von Selahattin Demirtas sei eine Kugel abgefeuert worden, als er durch die überwiegend kurdische Stadt Diyarbakir im Südosten des Landes gefahren sei, teilte seine Demokratische Volkspartei (HDP) am Montag im Kurznachrichtendienst Twitter mit.

Das Geschoss sei am Sonntagabend in Kopfhöhe auf das Auto geprallt, habe die Scheibe aber nicht durchschlagen. Das Gouverneursbüro der Region wies die Darstellung zurück, Demirtas' Wagen sei beschossen worden. Die Limousine sei offiziell untersucht worden, dabei sei ein Abdruck von einem Durchmesser von drei Zentimetern auf der linken Seite der Heckscheibe festgestellt worden. Dieser stamme aber nicht von einer Schusswaffe, sondern von einem „sehr harten Objekt“.

Es habe kein versuchtes Attentat auf den Parteichef gegeben. Demirtas selbst sagte der prokurdischen Nachrichtenagentur Firat dagegen, der „Kugelabdruck“ sei in der Heckscheibe auf Kopfhöhe gefunden worden. Firat berichtete weiter, weder Demirtas noch seine Leibwächter hätten einen Schuss gehört. Es wurde auch keine Kugel gefunden. Der führende HDP-Abgeordnete Sirri Sureyya Onder sagte, das Fahrzeug sei vielleicht schon auf dem Parkplatz beschossen worden, bevor Demirtas eingestiegen sei, um diesen einzuschüchtern. Die politische Lage in der Türkei ist äußerst angespannt. Die konservative Regierung hatte vor vier Monaten eine Offensive gegen die verbotene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) gestartet, was den Kurdenkonflikt wieder anheizte. Demirtas ist einer der charismatischsten Politiker der Türkei und wird auch von Nicht-Kurden unterstützt. Er ist einer der wichtigsten Rivalen von Präsident Recep Tayyip Erdogan. (afp)

## SCHEREN-ATTACKE

## Palästinensische Mädchen greifen Israeli an

Jerusalem. In der Nähe des Zentralmarkts von Jerusalem haben am Montag Polizeiangaben zufolge zwei palästinensische Mädchen einen „Terrorangriff“ verübt. „Zwei mit Scheren bewaffnete weibliche Terroristen stachen“ auf einen älteren Mann ein, teilte die Polizei mit. Ein Streifenpolizist schoss auf die 14 und 16 Jahre alten Angreiferinnen, wobei die Ältere getötet und die Jüngere schwer verletzt wurde. Die Tat ereignete sich in der Jaffa-Straße, einer belebten Fußgängerzone in West-Jerusalem. Bei dem 70-jährigen Mann, den die Mädchen angriffen und leicht verletzten, handelte es sich nach Polizeiangaben um einen Palästinenser aus dem Westjordanland, den die Mädchen offenbar irrtümlich angriffen. Die Schüsse wurden von einem Polizisten abgegeben, der in seinem Auto Zeuge des Angriffs wurde. Videomaterial einer Überwachungskamera zeigt, wie der Beamte die Mädchen unter vorgehaltener Waffe auffordert, sich zu ergeben, diese aber weiter mit den Scheren um sich stechen. Die Aufnahmen scheinen auch zu belegen, dass der Polizist erneut auf die Palästinenserinnen schoss, als diese bereits getroffen am Boden lagen. (afp)

## FLÜCHTLINGE

## „Wir brauchen Kulturvermittler“

Der Psychologe und Orientalist Jan Ilhan Kizilhan über Anforderungen für Neuankömmlinge

*Herr Kizilhan, Hunderttausende Menschen aus islamischen Ländern suchen bei uns Zuflucht. Und jetzt passiert hier der religiös begründete Terror, vor dem sie mehrheitlich geflohen sind. Was wird daraus für unser künftiges Zusammenleben?*

Der IS („Islamischer Staat“) verfolgt eine Ideologie der Unmenschlichkeit und setzt diese in die Tat um. Dies ist eine Ideologie, die alle bisherigen Terrororganisationen in den Schatten stellt. Der IS bekämpft alle zivilisatorischen Errungenschaften der Menschheit. Das ist eine islamisierte, totalitäre Religion, der sich leider Menschen aus der ganzen Welt angeschlossen haben. Gerade deswegen müssen alle Menschen verschiedenen Glaubens, aber besonders die

Flüchtlingen fehlen Informationen über unser Rechtssystem, sie haben Demokratie nie erlebt

Muslimen, noch enger zusammenrücken und der Spaltung entgegenwirken. Besonders den Flüchtlingen, die gerade vor diesem Terror zu uns fliehen, muss geholfen werden.

*Wo sehen Sie jetzt schon Konflikte?*

Die Flüchtlinge sind Fremde für die Menschen hier. Dazu Muslime. Und deren Religion assoziieren sie vielfach mit all den Grausamkeiten, die Al-Kaida, Al-Nusra und IS begehen. Das macht Angst. In der Nähe der Flüchtlingsunterkünfte berichtet man mir von den vielen jungen Männern. Auf welche Weise sie junge Mädchen ansprechen, das passe doch nicht zu unserer Kultur. Womit sie recht haben.

*Ist das so?*

Die sind manchmal aggressiv, unhöflich aus westlicher Sicht. Es fehlt die gemeinsame Sprache, das Englische ist vielleicht zu schlecht. Die Anmache kann sich für junge Mädchen wie eine Grenzüberschreitung darstellen.

*Wird also doch die andere Kultur zum Problem?*

Zu Anfang ist sie ein Problem, wenn bei dem Erstkontakt kulturelle Missverständnisse entstehen, weil man die Gebräuche nicht kennt, es unterschiedliche kulturelle Werte gibt und man sich erst einmal nicht versteht. Die Kommunikation wird also das A und O sein.

*Welche Missverständnisse meinen Sie?*



Flüchtlinge an der deutsch-österreichischen Grenze

Foto: dpa

Schon die Begrüßung ist eine andere. Eine gläubige Frau gibt Männern nicht die Hand. Und umgekehrt auch nicht. Die Mimik, die Gestik sind anders. Im arabischen Raum beispielsweise sieht die Handbewegung, mit der man jemanden herbeiwinkt, genau Gegenteil zu unserer aus. Eher abwehrend. Auch ist es üblich, bei einem Erstkontakt zu fragen, wie geht es deinen Kindern? Das wird den Beamten in der Erstaufnahmeeinrichtung sicher verwirren. Und wieso lächelt die Frau beim Arzt, obwohl es ihr schlecht geht? Da denkt der Arzt zunächst, dass sie simuliert. Auch die Flüchtlingsfrau ihrerseits wird uns, die wir mit immer ernster Miene herumlaufen, nicht verstehen. Wichtig ist gegenseitiges Wissen. Die Menschen kommen aus Diktaturen ohne Rechtssicherheit. Sie haben Angst vor Behörden. Beamte haben für sie eine hohe Autorität, konnten aber auch eine Gefahr bedeuten. Das sieht man dann, wie diese Menschen ein Amtszimmer betreten. Zu Hause mieden sie den Kontakt zu staatlichen Stellen, weil sie vielleicht die Erfahrung gemacht hatten, dort geschlagen worden zu sein. Den Flüchtlingen fehlen die Informationen über unser Rechtssystem. Sie haben Demokratie nie erlebt.

*Das macht wenig Mut. Was machen wir da?*

Wir brauchen geschulte Kulturvermittler. Sie sollen nicht nur einfach übersetzen, sondern den Behörden und Sozialarbeitern das Semantische erklären, also wie das Gesagte gemeint ist. Es ist so, dass jeder aus seiner Kultur heraus interpretiert und die Flüchtlinge tun dies genauso. Die Menschen müssen deshalb relativ schnell in die deutsche Kultur eingeführt werden. Da müssen wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. So sollten Integrationskurse rasch und noch parallel zum Deutschunterricht stattfinden, wobei man mit der Sprache ja auch die Kultur und Werte lernt.

*In den Kursen ist die Kulturvermittlung aber eher dürftig.*

Das sehe ich auch so. Ich fände es wichtig, dass ein Flüchtling weiß, wie eine typische mittelständische deutsche Familie lebt, welche Werte sie hat, wie sie einkaufen geht, wie sie mit ihren Kindern umgeht, warum die Schulbildung hier so bedeutsam ist. Es ist wichtig, dass die Migranten wissen, dass Frauen hier körperlich freizügiger herumlaufen. Man muss ihnen vermitteln, dass das hier so ist, und dass diese Frauen genauso viel Ehre besitzen wie ihre Schwestern und

Mütter. Diese Menschen kommen aus traditionellen Gesellschaften, in denen man sich nach außen anders präsentiert als privat. Nach außen muss das Auftreten eine hohe moralische Wertigkeit besitzen. Da läuft eine Doppelwelt, wo vieles heimlich geschieht. Aber das wollen wir ja hier nicht in Europa. Unser Individualismus darf gelebt werden. Wir sollten uns in diesen Zeiten der Zuwanderung und Bedrohung wieder auf unsere Werte besinnen. Die sind alle viel zu selbstverständlich geworden. Deshalb brauchen wir diese Kulturvermittler, die den Leuten die europäisch-westliche Art des Lebens beibringen. Dazu gehört natürlich auch das Wissen über die deutsche Gesetzgebung, welche Rechte hat man und was darf man nicht.

*Also ruhig auch eine Hausordnung?*

Ja, in den Sprachen der Flüchtlinge geschrieben, aber dann die Hausordnung in einer Gruppe auch erklären. Man muss miteinander sprechen. Wir brauchen Patenschaften, Einladungen, Kontakte. Die Flüchtlinge müssen die reale Welt einer typisch deutschen Familie erleben. Wir sollten die Menschen nicht mit Zwang anpassen. Sonst erleben sie das wieder wie in der Diktatur, aus der sie kommen und ducken sich weg.

*Was würden Sie einem Mann sagen, der sein Essen nicht von einer Frau gereicht bekommen möchte?*

Dass er lernen muss, dass Frauen hier etwas zu sagen haben, sonst muss er das Land verlassen. Das hätte er sich vorher überlegen müssen, bevor er nach Deutschland kommt. Man muss ihm aber eben auch die Gelegenheit geben, das zu lernen. Migranten dürfen den Staat nicht aushöhlen. Die Gleichberechtigung ist in diesem Land ein hart erkämpftes Gut. Und Demokratie bedeutet Gemeinschaft und Teilhabe. Dazu gehört dann eben auch, dass der Gesichtschleier entfernt werden muss. Dieser ist eine scheinheilige religiöse Pflicht.

Das Gespräch führte  
Astrid Wirtz



**Jan Ilhan Kizilhan** ist Psychologe und Orientalist. Er gilt als Experte der „Transkulturellen Psychiatrie und Traumalogie“. Er leitet die Hilfsaktion für jesidische Flüchtlingsfrauen im Irak.

## Radikale Wende in Argentinien

**WAHLEN** Die Bürger entscheiden sich für Mauricio Macri als Kirchner-Nachfolger

VON KLAUS EHRINGFELD

Die Argentinier haben sich für einen radikalen Wechsel in der Politik und dem Präsidentenamt entschieden. Sie wählten am Sonntag den konservativen Unternehmer Mauricio Macri vom Wahlbündnis „Cambiamos“ (Auf zum Wechsel) zum neuen Staatschef des zweitgrößten Landes Lateinamerikas.

Der 56 Jahre alte Macri setzte sich in der Stichwahl gegen seinen Kontrahenten Daniel Scioli von der linken Regierungspartei „Frente para la victoria“ (Siegesfront) mit 51,5 Prozent zu 48,5 Prozent klar durch. Macri galt vor der ersten Wahlrunde am 25. Oktober noch als chancenlos gegenüber Scioli, den die scheidende Präsidentin Cristina Kirchner als Kandidaten installiert hatte und den sie als sichere Wahl zum Machterhalt ihres „Kirchnerismus“ wählte, jener linken Strömung des Peronismus, die zwölf Jahre in Argentinien Staatsdoktrin war. „Heute ist nicht nur ein historischer Tag, sondern der Wechsel einer Epoche“, kündigte der strahlende Wahlsieger Macri dann auch bei der ersten Rede vor seinen Anhängern am Sonntagabend an.

Argentinien hat so mit einem Paukenschlag ein linksnationalistisches Projekt beendet, das in der Geschichte mit dem Namen Kirchner verbunden bleiben wird.



Argentinien neuer Präsident: Mauricio Macri Foto: ap

Néstor (2003 bis 2007) und seine Frau und spätere Witwe Cristina (2007 bis 2015) Kirchner haben Argentinien nach dem Wirtschaftsruin von 2001/2002 wieder aufgebaut und ein personalistisches und staatsmonopolkapitalistisches Projekt implementiert, das auf eine dirigistische Wirtschaftspolitik mit Devisenkontrollen und ein breites System von Sozialprogrammen setzte, in dessen Genuss 18 Millionen Argentinier kommen.

Möglich machte das ein jahrelanger Wirtschaftsaufschwung getragen von historisch hohen Weltmarktpreisen für Exportprodukte wie Soja. Aber seit rund fünf Jahren stagniert die Wirtschaft, steigt die Armut, explodiert die Gewaltkriminalität und ist der Drogenhandel auf dem Vormarsch. Das alles zusammen mit dem zunehmend selbstherrlichen Politikstil von Kirchner führte in der Bevölkerung mehrheitlich zu dem Wunsch nach einem Wechsel, der sich selbst bei den Armen in der unteren Mittelschicht manifestierte, die eigentlich Stammwähler der „Siegesfront“ waren.

Die drittgrößte Volkswirtschaft Lateinamerikas hat sich nun für ein völlig anderes Projekt entschieden. Macri, Bürgermeister von Buenos Aires, steht für die Abschaffung der Devisenkontrollen und der Exportsteuern. Er steht für weniger Sozialprogramme, mehr wirtschaftliche Freiheiten, weniger Staats- und mehr Privatwirtschaft.

## Zentralrat der Juden für Asyl-Einschränkung

Schuster fürchtet Antisemitismus arabischer Flüchtlinge

VON STEVEN GEYER

Berlin. Es sind zwei jüdische Wortmeldungen, zwischen denen nur ein Wochenende und ein Ozean liegen – und doch Welten. Vor dem Wochenende verband in Washington erstmals eine große jüdische Organisation die Flüchtlingsdebatte in den USA mit der Flucht der Juden aus Nazideutschland: „Im Bewusstsein der Konsequenzen für die Juden, die vor dem Na-

zismus nicht fliehen konnten, verfolgt das U.S. Holocaust Memorial Museum voller Sorge die aktuelle Flüchtlingskrise“, erklärte die renommierte Wissenschafts- und Gedenkstätte. Bei aller Angst vor heimlich eindringenden Terroristen – die die Debatte in den USA dominiert –, „sollten wir den Tausenden echten Flüchtlingen nicht den Rücken zuwenden.“ Man dürfe Flüchtlinge nicht „als Gruppe verurteilen“.

Genau das wurde am Montag in Deutschland jedoch ausgerechnet dem Zentralrat der Juden vorgeworfen. „Über kurz oder lang werden wir um Obergrenzen nicht herumkommen“, hatte dessen Präsi-

dent Josef Schuster der „Welt“ zur Asyldebatte gesagt. Er sei für kontrollierte Zugänge in die Bundesrepublik. Prompt hieß es, dass er damit Seehofers Forderung nach Asyl-Obergrenzen unterstützt. Politiker von SPD, Linken und Grünen wiesen das zurück: Das Asylrecht kenne keine Obergrenze.

Sofort riefen jüdische Berliner zur Demonstration gegen Schusters Äußerung auf. „Nicht in unserem Namen – Juden gegen Rassismus“. Dabei hatte der Zentralratschef seinen Satz gar nicht als politische Forderung geäußert. Er taucht am Rande in einem ruhigen Porträt auf, das ihn gerade als einen charakterisiert, der kein politi-

scher Lautsprecher sein wolle. Eher als Prognose sagt er, er könne sich kaum vorstellen, dass Deutschland 2016 und 2017 ähnlich viele Flüchtlinge aufnehme, dann fallen die viel zitierten Sätze. Zur Begründung führt er an, dass Integration sonst schwerfalle: Viele Flüchtlinge „entstammen Kulturen, in denen der Hass auf Juden und die Intoleranz ein fester Bestandteil ist“. Eher, um nicht pauschal „den“ Islam zu verdammen, sagt er, das sei kein „religiöses Problem, sondern ein ethnisches“. Gemeint sei, dass Türken in Deutschland besser integriert seien als Araber in Frankreich.

> Kommentar Seite 4